

Förderbescheid vom Land für das Programm Soziale Stadt

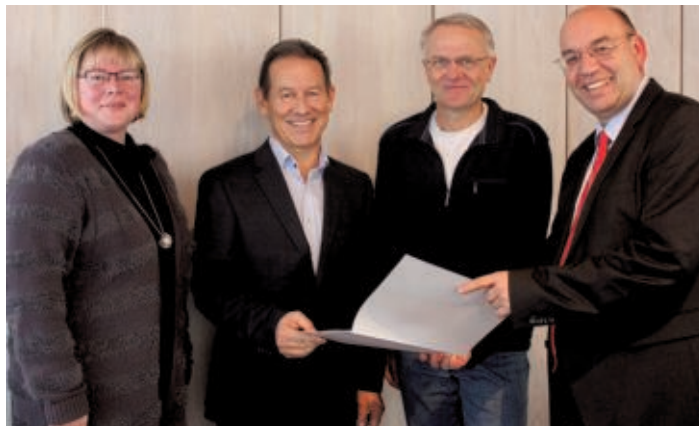
Zuschuss für städtebauliche Maßnahmen im Wohngebiet Baunsberg



Stellvertretend für die Mitglieder der Lenkungsgruppe „Soziale Stadt Baunsberg“

nahmen Projektleiter Uwe Schenk und Frank Grasmeier vom Stadtteilzentrum jetzt den Förderbescheid des Landes Hessen in Höhe von 963.000 Euro entgegen. Die Stadt Baunatal hatte die Fördermittel im Rahmen des Programms Soziale Stadt beantragt. Darin enthalten ist eine Finanzhilfe des Bundes von 481.500 Euro. Bürgermeister Manfred Schaub übernahm gern die Aufgabe, den positiv beschiedenen Antrag an die Lenkungsgruppe weiterzureichen und überbrachte beste Grüße von der hessischen Umwelt- und Stadtentwicklungsministerin Priska Hinz.

Das Wohngebiet Baunsberg in Altenbauna wurde im Herbst 2015 in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Ziel des gemeinsamen Programms von Bund und Land ist eine weitere Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen in den jeweils geförderten Wohngebieten. Am Baunsberg werden im Laufe der nächsten Jahre Stück für Stück einzelne Maßnahmen umgesetzt. Ein wichtiger Baustein im Programm Soziale Stadt ist die Kooperation zwischen Kommune und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die im Wohngebiet leben, arbeiten oder ehrenamtlich tätig sind. Die enge Zusammenarbeit der Stadt Baunatal mit den Akteuren vor Ort hat sich in diesem Jahr bereits bewährt; u.a. zeugen



Bescheidübergabe im Rathaus: Erste Stadträtin Silke Engler (v.l.), Projektleiter Uwe Schenk, Frank Grasmeier (Stadtteilzentrum) und Bürgermeister Manfred Schaub.

davon der bereits fertig gestellte Weg von der Birkenallee zur Straßenbahn-Haltestelle sowie der Umbau des ehemaligen Kirchenzentrums in ein Kinder- und Familienzentrum. Anfang Dezember erfolgt dort die offizielle Übergabe.

Weitere Voraussetzung für die Förderung einzelner Projekte ist, dass die Stadt gemeinsam mit Menschen, die in Einrichtungen am Baunsberg arbeiten, mit Wohnungseigentümern, Gewerbetreibenden sowie mit Bewohnern und den politischen Gremien der Stadt ein Handlungskonzept erarbeitet, das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.